

Landeshauptstadt München, Oberbürgermeister, 80313 München

Dieter Reiter

Herrn StR Stefan Jagel Frau StRin Brigitte Wolf Herrn StR Thomas Lechner

DIE LINKE./Die PARTEI

Rathaus

Datum: 04.08.2025

Solidarität mit der Zivilbevölkerung in Israel und Palästina II: Sofortige Rückkehr zur Waffenruhe in Gaza und ein Ende der Eskalation im Westjordanland

Antrag Nr. 20-26 / A 05532 von Frau StRin Brigitte Wolf, Herrn StR Thomas Lechner vom 27.03.2025, eingegangen am 27.03.2025

Dringender Appell an unsere Partner in Israel, sich für einen sofortigen Waffenstillstand und die Aufnahme umfassender Hilfslieferungen für die palästinensische Zivilbevölkerung sowie den Stopp der Vertreibung von über 2 Millionen Menschen einzusetzen

Antrag Nr. 20-26 / A 05659 von Herrn StR Stefan Jagel, Herrn StR Thomas Lechner, Frau StRin Brigitte Wolf vom 27.05.2025, eingegangen am 27.05.2025

Sehr geehrter Herr Stadtrat Jagel, Sehr geehrte Frau Stadträtin Wolf, sehr geehrter Herr Stadtrat Lechner,

Sie haben am 27.03.2025 Folgendes beantragt:

"Der Oberbürgermeister Dieter Reiter möge sich umgehend, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, in Unterstützung der israelischen Zivilgesellschaft und unter Einbezug kommunaler deutschisraelischer Partnerstädte, für eine sofortige Rückkehr zum Waffenstillstand in Gaza und dem Ende der Gewalt im Westjordanland einsetzen."

Rathaus, Marienplatz 8 80331 München

Ebenso haben Sie am 28.05.2025 Folgendes beantragt:

"Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen direkten Aufruf an die israelische Regierung zu richten, die massiven Völkerrechtsverletzungen sofort einzustellen und wieder auf einen Weg zurückzukehren, der das Existenzrecht der Palästinenser*innen absichern kann. Entweder als indirekter Appell über unsere Städtepartnerschaften in Beer Sheva oder direkt in Zusammenarbeit mit den Bürgermeister*innen anderen Großstädte Deutschlands."

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlaube ich mir, Ihre beiden Anträge in einem Brief zu beantworten.

Am 7. Oktober 2023 hat die Hamas Israel mit tausenden Raketen angegriffen. Etwa 1200 Menschen wurden getötet und mehr als 200 Geiseln verschleppt. Die sich daran anschließende und seitdem andauernde kriegerische Auseinandersetzung hat zu unermesslichem Leid der Bevölkerung auf beiden Seiten und einer gewaltigen Zahl an zivilen Opfern, insbesondere im Gazastreifen, geführt. Jetzt ist es von größter Bedeutung, schnell zu dem zuvor ausgehandelten Waffenstillstand zurückzukehren und einen dauerhaften Frieden zu schaffen.

Diese Aufgabe liegt außerhalb der in Art. 28 Abs. 2 GG i. V. m. Art. 11 Abs. 2 BV festgeschriebenen kommunalen Kompetenzen; vielmehr obliegt die Verantwortung für die Außenpolitik der deutschen Bundesregierung.

Von den vorstehenden Ausführungen bitte ich daher Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.